

# **LANDTAG MECKLENBURG-VORPOMMERN**

## **PRESSEMITTEILUNG**

### **Vorsitzender des Petitionsausschusses zieht Jahresbilanz**

Im Jahr 2020 erreichten den Petitionsausschuss bisher mehr als 400 Petitionen. Knapp ein Viertel dieser Eingaben betraf die Maßnahmen der Landesregierung zur Einschränkung der Corona-Pandemie. Die meisten dieser Petitionen sind bereits während des ersten Lockdowns eingegangen und kritisierten vor allem das Einreiseverbot für Zweitwohnungsinhaber, die Schulschließungen und die Maskenpflicht. „Seit den Sommerferien ist die Landesregierung bestrebt, Schulen und Kindergärten solange wie möglich offen zu lassen, sodass sich diese Kritik erledigt hat. Die Maskenpflicht wurde zwar nach und nach verschärft, hierzu gingen jedoch keine Petitionen mehr ein. Man kann daher davon ausgehen, dass die Maskenpflicht auf eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung trifft.“, so Manfred Dachner, Vorsitzender des Petitionsausschusses. „Die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger beschränken sich aber nicht auf die Corona-Pandemie und ich freue mich, dass der Petitionsausschuss auch im Jahr 2020 in gewohnter Weise die Beschwerden und Vorschläge der Menschen bearbeitet hat. Dabei konnten wir auch einige Anliegen zum Erfolg führen oder zumindest auf einen guten Weg bringen.“, so Dachner.

### **Azubi- und Freiwilligendienstticket**

Mehr als 1 700 junge Menschen, die ihren Freiwilligendienst in Sportvereinen und sozialen Einrichtungen leisteten, forderten mit ihrer Petition, ein Azubi- und Freiwilligendienstticket einzuführen. Damit sollte es möglich sein, für 365 Euro im Jahr landesweit den öffentlichen Personennah- und Schienenverkehr zu nutzen. Anfangs lehnten das Sozial- und das Energieministerium diese Forderung ab. Nachdem der Petitionsausschuss jedoch im Wege eines Landtagsbeschlusses die Regierung zur Umsetzung des Projektes aufforderte, wurde schließlich der Beschluss gefasst, das Jahresticket zum neuen Jahr 2021 einzuführen.

### **Erhalt der Mönchguter Museen**

Ein engagierter Förderverein setzte sich für den Erhalt der Mönchguter Museen ein. Der Petitionsausschuss brachte daraufhin alle Beteiligten an einen Tisch: Die Vertreter dreier Ministerien, den Landkreis Vorpommern-Rügen und den Stellvertreter des Staatssekretärs für Vorpommern; außerdem den Kurdirektor und den Bürgermeister des Ostseebades Göhren und eine Mitarbeiterin des Museumsbetriebes. Das war die Initialzündung dafür, dass in den folgenden Monaten ein tragfähiges Konzept für die Mönchguter Museen entwickelt wurde. Die einzelnen Standorte in Sellin, Göhren und Middelhagen werden nun in einer zum Amt Mönchgut-Granitz gehörenden Museumsgesellschaft weiter betrieben. Finanzielle Unterstützung erhalten die Museen aus dem Strategiefond und aus dem Bildungsministerium.

### **Umnutzung eines Stallgebäudes im Außenbereich**

Ein auf dem Land lebendes Ehepaar wollte sein im Außenbereich gelegenes Stallgebäude zu einer Ferienwohnung umbauen. Die zuständige Bauaufsichtsbehörde lehnte die erforderliche Baugenehmigung ab. Erst nachdem sich die beiden an den Petitionsausschuss gewandt hatten, machte der Landkreis von der Möglichkeit Gebrauch, im Einzelfall eine solche Nutzungsänderung im Außenbereich zuzulassen. Denn gerade im ländlichen Raum gibt es viele ehemals landwirtschaftlich genutzte Gebäude, die heute leer stehen, weil Nutzungsänderungen häufig abgelehnt werden.

### **Keine Zufahrt zum Wohnhaus**

Die Anwohner einer Straße konnten plötzlich nicht mehr mit dem Auto zu ihren Wohnhäusern gelangen. Denn die Anliegerstraße befindet sich im Privateigentum und der in Süddeutschland lebende Eigentümer hatte die Straße über Nacht mit Steinen versperrt, nachdem es jahrelang Streit gegeben hatte. Obwohl es sich um ein Neubaugebiet aus den 90-er Jahren handelt, hatte die Gemeinde seinerzeit das Bebauungsplanverfahren abgebrochen ohne diese Straße für den öffentlichen Verkehr zu widmen. Hintergrund war die damalige Insolvenz des Bauträgers. In mehreren Gesprächen vor Ort und im Schweriner Schloss konnte der Petitionsausschuss bewirken, dass die Gemeinde nunmehr einen B-Plan aufstellt, in dem die Straße als öffentliche Verkehrsfläche festgesetzt wird.

„Diese Beispiele zeigen, dass es sich lohnt, eine Petition einzureichen, ist sie doch der direkte Draht ins Parlament.“, so Manfred Dachner.

verantwortlich: LSG/SG1/DL/2020-12-21

Landtag Mecklenburg-Vorpommern  
- Pressestelle -  
Schloss, Lennéstraße 1  
19053 Schwerin  
Fon: 0385 / 52 52 149  
Fax: 0385 / 52 52 616  
[Mail: Pressestelle@Landtag-MV.de](mailto:Pressestelle@Landtag-MV.de)